

# MASCHINENLIEFERVERTRAG

über die Lieferung von zwei Fertigungssystemen

zur Personalisierung und Direktversand der Dokumente Zulassungsbescheinigung Teil 1 (ZBI)  
und Zulassungsbescheinigung Teil 2 (ZB II)

zwischen

**Bundesdruckerei GmbH**  
Kommandantenstraße 18  
10969 Berlin

– nachstehend "**Bundesdruckerei**" genannt –

und

dem im Zuschlagsschreiben namentlich bezeichneten Unternehmen

– nachstehend "**Auftragnehmer**" genannt –

(die Bundesdruckerei und der Auftragnehmer werden nachfolgend auch als die "**Parteien**"  
bezeichnet, einzeln jeweils als "**Partei**")

## **Inhaltsverzeichnis**

§ 1	Vertragsgrundlagen	4
§ 2	Vertragsgegenstand	5
§ 3	Qualität des Liefergegenstandes	6
§ 4	Änderung der Liefergegenstände	6
§ 5	Lieferung	7
§ 6	Lieferzeiten und Vertragsstrafen	8
§ 7	Werkstest	8
§ 8	Anlieferung, Montage und Installation am Bestimmungsort	9
§ 9	Abnahme	9
§ 10	Dokumentation, Einweisung und Ausbildung von Personal	11
§ 11	Gefahrübergang, Annahmeverzug	11
§ 12	Eigentumsübergang	11
§ 13	Einräumung von Rechten	11
§ 14	Vergütung	12
§ 15	Fälligkeit der Vergütung	12
§ 16	Versicherungen	14
§ 17	Koordination und Abstimmung	14
§ 18	Inspektion und Wartung	15
§ 19	Verfügbarkeit von Ersatzteilen und Serviceleistungen	15
§ 20	Beistellungen und Mitwirkungshandlungen	16
§ 21	Weisungsprüfung- und Kontrollrechte	16
§ 22	Gewährleistung	17
§ 23	Produkthaftung und Rückruf	18
§ 24	Rechte Dritter und Schutzrechte	19
§ 25	Vertraulichkeitspflichten und Datenschutz	20
§ 26	Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen	20
§ 27	Compliance	21
§ 28	Unzulässige Handlungen	21
§ 29	Einhaltung des Mindestlohngesetzes	22
§ 30	Exportkontrolle und Zoll	23

§ 31	Haftung	23
§ 32	Freistellung	23
§ 33	Höhere Gewalt	24
§ 34	Schlussbestimmungen	24

## **Präambel**

Die Bundesdruckerei Gruppe leistet mit ihrer Digital- und Sicherheitskompetenz als Technologieunternehmen des Bundes einen Beitrag für die digitale Souveränität Deutschlands und Europas. Der Auftraggeber ist ein Unternehmen der Bundesdruckerei-Gruppe.

Die Bundesdruckerei beauftragt mit Zuschlagserteilung den Auftragnehmer mit der Lieferung neuer, dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechender Maschinen und Anlagen und sonstiger Leistungen.

## **§ 1 Vertragsgrundlagen**

1.1 Dieser Vertrag besteht aus dem vorliegenden Hauptteil (Vertragstext) und den nachfolgend benannten weiteren Unterlagen:

1.1.1 die weiteren Vergabeunterlagen in der letzten bekanntgemachten Version, insbesondere die folgenden Anlagen:

- i Lastenheft inkl. Pflichtenheft (**Anlage 1** zu diesem Vertrag),
- i Verhaltenskodex (**Anlage 2** zu diesem Vertrag),
- i Exportkontrolle und Zoll (**Anlage 3** zu diesem Vertrag),
- i Vertraulichkeitsvereinbarung (**Anlage 4** zu diesem Vertrag),
- i Sicherheitsbestimmungen der Bundesdruckerei (**Anlage 5** zu diesem Vertrag), bestehend aus:
  - o Sicherheits- und Umweltschutzregeln für externe Dienstleister (**Anlage 5.1** zu diesem Vertrag)
  - o Sicherheitsvereinbarung (**Anlage 5.2** zu diesem Vertrag)
- i Fragebogen für Zulieferer (**Anlage 6** zu diesem Vertrag),

1.1.2 die Angebotsunterlagen des Auftragnehmers, insbesondere die folgenden Anlagen:

- i Angebotsschreiben inkl. einzureichender Konzepte (**Anlage 7** zu diesem Vertrag),
- i Preisblatt zu diesem Vertrag (**Anlage 8** zu diesem Vertrag),
- i Terminplan pro Fertigungssystem (**Anlage 9** zu diesem Vertrag)

und

1.1.3 sofern einschlägig, die Antworten der Bundesdruckerei auf die während des Vergabeverfahrens gestellten Bieterfragen/"**Bieterinformation**" (**Anlage 10** zu diesem Vertrag),

und

1.1.4 die allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)

(zusammen der "**Vertrag**").

1.2 Im Falle von Widersprüchen geht der Hauptteil und die **Anlage 3** den vorstehend genannten weiteren Unterlagen vor. Die weiteren Unterlagen gelten ansonsten in der vorstehend genannten Reihenfolge. Allerdings gehen die Antworten des Auftraggebers auf die Bieterfragen den Vergabeunterlagen

vor, soweit in den Antworten explizit von konkret benannten Vorgaben der Vergabeunterlagen abgewichen wird.

- 1.3 Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung, auch wenn der Auftraggeber deren Geltung nicht ausdrücklich widersprochen hat. Dies gilt auch, wenn auf Korrespondenz Bezug genommen wird, die Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers enthält oder auf solche verweist.

## **§ 2 Vertragsgegenstand**

- 2.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Bundesdruckerei während der Laufzeit dieses Vertrages mit den in der **Anlage 1** genannten Maschinen, Anlagen, Materialien, Dokumentation und Zubehör ("**Liefergegenstand**") nach näherer Maßgabe dieses Vertrages zu beliefern und die sonstigen Leistungen nach diesem Vertrag zu erbringen.
- 2.2 Zu den vertragsgegenständlichen Lieferungen und Leistungen gehören insbesondere: Die Konstruktion, die Fertigung und die Lieferung der Liefergegenstände, soweit notwendig die Anpassung bestimmter Komponenten nach Vorgabe der Bundesdruckerei und eventuelle Anpassung von Standardkomponenten, die Entladung, die Einbringung an den Bestimmungsort, die Montage, die Erprobung, die Inbetriebnahme und die produktionsbereite Übergabe des Liefergegenstandes an die Bundesdruckerei sowie die Schulung des Personals der Bundesdruckerei.
- 2.3 Der Liefergegenstand und sämtliche weiteren Leistungen des Auftragnehmers haben den Anforderungen gemäß **Anlage 1** und den sonstigen Anforderungen dieses Vertrages jederzeit voll zu entsprechen.
- 2.4 Der Auftragnehmer hat die technische Realisierbarkeit des Liefergegenstandes im Einklang mit den Anforderungen dieses Vertrages umfassend geprüft und garantiert die technische Realisierbarkeit im Wege eines selbstständigen Garantieversprechens nach § 311 Abs.1 BGB.
- 2.5 Sofern dieser Vertrag keine konkreten Anforderungen festschreibt, hat der Liefergegenstand und sonstigen Leistungen dem Stand von Wissenschaft und Technik, den einschlägigen rechtlichen Bestimmungen und den Vorschriften und Richtlinien von Behörden, Berufsgenossenschaften und Fachverbänden zu entsprechen. Sind im Einzelfall aus Sicht des Auftragnehmers Abweichungen von diesen ergänzenden Anforderungen und Vorschriften notwendig, so muss der Auftragnehmer die Zustimmung der Bundesdruckerei in Textform hierzu einholen.
- 2.6 Der Anforderungskatalog zur Maschinensicherheit und zur Einhaltung technischer Normen ist in der **Anlage 1** (Lastenheft inkl. Pflichtenheft) niedergelegt und von dem Auftragnehmer zwingend einzuhalten. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Änderungen der Anforderungen in **Anlage 1** (Lastenheft inkl. Pflichtenheft), die die Bundesdruckerei vornimmt, bis zur Erklärung der Abnahme nach § 9 dieses Vertrages umzusetzen.
- 2.7 Der Auftragnehmer trägt das Beschaffungsrisiko für seinen Liefergegenstand, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist. Insbesondere ist die Übertragung von Leistungen, auch Teilleistungen an Dritte ("**Unterauftragnehmer**") nur mit vorheriger Zustimmung der Bundesdruckerei in Textform zulässig. Voraussetzung ist in jedem Fall, dass auch solche Dritte sämtliche für den Auftragnehmer geltenden Voraussetzungen erfüllen, insbesondere fachlich, personell, technisch und wirtschaftlich leistungsfähig sowie zuverlässig sind und die seine Leistungen ordnungsgemäß, vollständig und fristgerecht erbringen können. Für die im Vergabeverfahren ordnungsgemäß benannten

Unterauftragnehmer gilt die Zustimmung als erteilt. Die Haftung des Auftragnehmers gegenüber der Bundesdruckerei bleibt durch den Einsatz von Unterauftragnehmern unberührt (§ 36 Abs.2 VgV).

- 2.8 Der Auftragnehmer hat die Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Unterauftragnehmers vor dessen Einsatz eigenverantwortlich zu prüfen und dem Auftraggeber auf Verlangen geeignete Nachweise vorzulegen.

Die Zustimmung zum Einsatz einzelner Unterauftragnehmer kann vom Auftraggeber jederzeit aus wichtigem Grund widerrufen werden. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn nachträglich Umstände bekannt werden oder eintreten, aufgrund derer nicht mehr gewährleistet ist, dass der betreffende Unterauftragnehmer die für den Auftragnehmer geltenden vertraglichen, fachlichen, sicherheitsrelevanten oder gesetzlichen Anforderungen erfüllt, oder wenn konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Unterauftragnehmer nicht leistungsfähig ist oder die geschuldeten Leistungen nicht ordnungsgemäß, nicht vollständig oder nicht fristgerecht erbringt oder erbringen wird.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Unterauftragnehmer vertraglich zu verpflichten, keine weiteren Unterauftragnehmer ohne vorherige Zustimmung des Auftraggebers einzusetzen. Diese Verpflichtungen sind den Unterauftragnehmern in gleicher Weise aufzuerlegen.

### **§ 3 Qualität des Liefergegenstandes**

- 3.1 Dem Auftragnehmer ist bewusst, dass die Erreichung höchstmöglicher Qualität des Liefergegenstandes mit Blick auf deren Verwendungszweck für die Bundesdruckerei von größter Bedeutung ist.
- 3.2 Der Auftragnehmer wird für die Produktion des Liefergegenstandes die technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen und Prozesse schaffen, die zur lückenlosen Erreichung und Beibehaltung der vereinbarten Qualität des Liefergegenstandes erforderlich sind.
- 3.3 Der Auftragnehmer überwacht und steuert die komplette Beschaffungs- und Logistikkette. Dies betrifft insbesondere das Reklamationswesen, die Chargensteuerung und die Rückverfolgbarkeit im Fehlerfall.
- 3.4 Der Auftragnehmer wird der Bundesdruckerei alle relevanten Informationen und Kenntnisse im Hinblick auf den Einsatz der Liefergegenstände mitteilen.
- 3.5 Der Auftragnehmer verfügt über die in **Anlage 1** (Lastenheft inkl. Pflichtenheft) bezeichneten Qualifizierungen/Zertifizierungen. Er wird diese für die gesamte Vertragslaufzeit beibehalten und alle diesbezüglichen Anforderungen und Pflichten erfüllen.

### **§ 4 Änderung der Liefergegenstände**

- 4.1 Die Bundesdruckerei kann im Rahmen der Zumutbarkeit und soweit nach § 132 GWB vergaberechtlich zulässig, Änderungen der Liefergegenstände, insbesondere gemäß **Anlage 1**, und sonstiger Regelungen dieses Vertrages, verlangen. Die Parteien vereinbaren für alle Änderungen die Anwendung des Änderungsverfahrens nach diesem Paragraphen. Auch der Auftragnehmer kann Änderungen durch einen entsprechenden Änderungsantrag vorschlagen.

- 4.2 Der Änderungsantrag muss mindestens in Textform, z.B. per E-Mail, erfolgen und ausreichende Informationen enthalten, um der jeweiligen anderen Partei die Möglichkeit zu geben, den Änderungsantrag zu bewerten.
- 4.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, einen Änderungsantrag der Bundesdruckerei innerhalb von 10 (zehn) Werktagen zu bearbeiten und eine Antwort/ein Nachtragsangebot zur Umsetzung der Änderung zu unterbreiten. Bei einem umfangreichen Änderungsverlangen kann diese Frist einvernehmlich von den Parteien verlängert werden. Die Ablehnung von Änderungsanträgen der Bundesdruckerei ist nur aus wichtigem Grund zulässig.
- 4.4 Führt die Umsetzung des Änderungswunsches zu einem nachvollziehbaren Mehraufwand beim Auftragnehmer, ist dieser verpflichtet, die entsprechenden Mehrkosten durch Vorlage geeigneter Unterlagen nachzuweisen sowie in einem verbindlichen Angebot zur Umsetzung der gewünschten Änderungen darzulegen. In Betracht kommen nur Mehrkosten, die zur Herstellung des Liefergegenstandes und Erbringung der weiteren Leistungen des Auftragnehmers erforderlich sind. Einigen sich die Parteien über eine Anpassung der Vergütung bzw. Umlage der Mehrkosten nicht, so gelten die bisher vereinbarten Preise fort.
- 4.5 Jede Änderung bedarf der Zustimmung der Parteien in Textform. Können sich die Parteien nicht über den Änderungsantrag einigen, gilt der Vertrag unverändert fort. Für die Durchführung des Änderungsverfahrens wird kein Entgelt erhoben.
- 4.6 Sollten aus Sicht des Auftragnehmers, etwa aufgrund gewonnener Erkenntnisse, Änderungen des Liefergegenstandes erforderlich oder zu empfehlen sein, wird der Auftragnehmer die Bundesdruckerei hierüber unverzüglich in Textform informieren und die aus seiner Sicht bestehenden inhaltlichen, zeitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen mitteilen. Etwaige Anpassungen werden dann nach Maßgabe dieses Paragraphens vereinbart.

## **§ 5 Lieferung**

- 5.1 Die Lieferung erfolgt nach näherer Maßgabe der **Anlage 1**. Dies gilt auch für die Kennzeichnung und Verpackung des Liefergegenstandes.

Der Liefergegenstand ist DAP (geliefert benannter Ort) (Incoterms® 2020) an den folgenden Ort zu liefern: Bundesdruckerei, Alte Jakobstr. 109, 10969 Berlin. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung.

- 5.2 Die Lieferung von Waren aus einem Land außerhalb der EU ist mit der Rechnung, die den Anforderungen des § 15 dieses Vertrags genügen muss sowie den Frachtunterlagen spätestens im Zeitpunkt der Versendung der Waren per E-Mail an [customs@bdr.de](mailto:customs@bdr.de) zu avisieren. Zutreffendenfalls muss die warenbegleitende Rechnung außerdem den entsprechend aufgeteilten Wert der von der Bundesdruckerei unentgeltlich oder zu ermäßigtem Preis beigestellten in dem Liefergegenstand enthaltenen Materialien bzw. den Wert der unentgeltlich oder zu einem ermäßigten Preis zur Herstellung des Liefergegenstandes beigestellten Werkzeuge aufführen.
- 5.3 Soweit die Bundesdruckerei dem Auftragnehmer bei Anlieferung den Erhalt des Liefergegenstandes bestätigt, wird damit – soweit in der Bestätigung nichts anderes bestimmt ist – nur die Anzahl der Packstücke bestätigt. Anzahl oder Fehlerfreiheit des Liefergegenstandes werden damit nicht bestätigt.

## **§ 6 Lieferzeiten und Vertragsstrafen**

- 6.1 Die verbindlichen Lieferzeiten ergeben sich aus dem Terminplan **Anlage 9**. Die konkreten Termine für die Anlieferung des Liefergegenstandes, sowie seine Montage und Installation sind vorab durch den Auftragnehmer mit der Bundesdruckerei abzustimmen, soweit sich diese nicht bereits aus der **Anlage 9** ergeben.
- 6.2 Alle vereinbarten Termine, Fristen und Zeiten sind verbindlich. Maßgeblich für die Einhaltung der Liefertermine, Fristen und Zeiten ist der Eingang des Liefergegenstandes und sonstigen Leistungen am Bestimmungsort.
- 6.3 Erkennt der Auftragnehmer, dass ein vereinbarter Termin nicht eingehalten werden kann, so hat er dies der Bundesdruckerei unverzüglich unter Angabe der Gründe und der voraussichtlichen Dauer der Verzögerung in Textform mitzuteilen. Eine Verschiebung der vereinbarten Termine ist damit nicht verbunden.
- 6.4 Bei vorzeitiger Lieferung behält sich die Bundesdruckerei vor, die vorzeitige Lieferung abzulehnen oder die Rücksendung auf Kosten des Auftragnehmers vorzunehmen. Erfolgt bei vorzeitiger Lieferung keine Rücksendung, so ist die Bundesdruckerei berechtigt, den Liefergegenstand auf Kosten und Gefahr des Auftragnehmers einzulagern. Die Bundesdruckerei behält sich vor, bei vorzeitiger Lieferung die Zahlung erst zum vereinbarten Fälligkeitstag vorzunehmen.
- 6.5 Teillieferungen werden nur nach ausdrücklicher Vereinbarung akzeptiert.
- 6.6 Im Falle des Verzuges ist die Bundesdruckerei berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % des Nettolieferpreises der vom Verzug betroffenen Liefergegenstände und sonstigen Leistungen pro vollendete Woche des Verzuges zu verlangen, maximal jedoch 5 % des Nettolieferpreises der vom Verzug betroffenen Liefergegenstände und sonstigen Leistungen. Die Vertragsstrafe kann bis zum Ende der Zahlungsfrist nach § 15 geltend gemacht werden, ohne dass dies eines Vorbehalts gemäß § 341 Abs. 3 BGB bedarf. Die Vereinbarung dieser Vertragsstrafe schließt die Geltendmachung weitergehender Ansprüche und sonstiger Rechte wegen Verzuges nicht aus. Eine gezahlte Vertragsstrafe wird insofern allerdings angerechnet. Bereits entstandene Vertragsstrafen entfallen nicht durch Vereinbarung neuer Termine.

## **§ 7 Werkstest**

- 7.1 Nach Fertigstellung des Liefergegenstandes und vor Anlieferung an den Bestimmungsort gibt der Auftragnehmer der Bundesdruckerei die Gelegenheit, den Liefergegenstand vor Ort beim Auftragnehmer unter näherer Maßgabe von **Anlage 1** zu prüfen und zu testen ("**Werkstest**"). Beim Werkstest hat der Liefergegenstand den Kriterien der Abnahme im Wesentlichen zu entsprechen und die FAT-Spezifikationen gemäß **Anlage 1** zu erfüllen.
- 7.2 Der Auftragnehmer ist nach näherer Maßgabe von **Anlage 1** verpflichtet, spätestens bis zwei (2) Wochen vor der Durchführung des Werkstest eine Testspezifikation zu erstellen und der Bundesdruckerei zur Freigabe in Textform zu übermitteln. Die für den FAT und den Testbetrieb erforderlichen Materialien sind vom Auftragnehmer zu benennen und werden durch die Bundesdruckerei gemäß **Anlage 1** beigestellt.



- 7.3 Der Termin für den Werkstest wird von den Parteien unter Berücksichtigung der in diesem Vertrag vereinbarten Termine gemeinsam festgelegt, soweit der Termin nicht bereits im Terminplan festgelegt ist. Die Ergebnisse des FAT werden in einem Protokoll vom Auftragnehmer erfasst und von beiden Parteien unterzeichnet. Stellt die Bundesdruckerei beim Werkstest keine wesentlichen Abweichungen von den Kriterien der Abnahme fest und werden die Testspezifikationen erfüllt, erteilt sie die Freigabe zur Anlieferung an den Bestimmungsort. Beim Werkstest festgestellte und im Protokoll festgehaltene Beanstandungen sind durch den Auftragnehmer spätestens bis zur Auslieferung an den Bestimmungsort auf eigene Kosten zu beheben.
- 7.4 Weitere Wirkungen des Werkstests und der Freigabe sind ausgeschlossen. Insbesondere ersetzt die Freigabe nicht die Abnahme.
- 7.5 Sofern der Werkstest scheitert, vereinbaren die Parteien unverzüglich einen neuen Termin zur Durchführung einer Wiederholungsprüfung. Die Kosten für eine nicht von der Bundesdruckerei verschuldeten Wiederholungsprüfung sind vom Auftragnehmer zu tragen.
- 7.6 Die Anlieferung des Liefergegenstandes an den Bestimmungsort darf erst nach Freigabe durch die Bundesdruckerei in Textform erfolgen.

## **§ 8 Anlieferung, Montage und Installation am Bestimmungsort**

- 8.1 Nach Freigabe zur Anlieferung gemäß § 7 dieses Vertrages hat der Auftragnehmer den Liefergegenstand an den Bestimmungsort anzuliefern, betriebsbereit zu montieren und zu installieren.
- 8.2 Grundlage ist das in **Anlage 1** (Lastenheft inkl. Pflichtenheft) vereinbarte Layout zur Aufstellung des Liefergegenstandes. Der Auftragnehmer hat den vorgesehenen Aufstellungsort und die in **Anlage 1** (Lastenheft inkl. Pflichtenheft) benannten Montagevoraussetzungen vor Vertragsunterzeichnung geprüft und bestätigt. Die Bundesdruckerei wird die Montagevoraussetzungen nach Maßgabe der **Anlage 1** (Lastenheft inkl. Pflichtenheft) spätestens bis zum vereinbarten Liefertermin herstellen.
- 8.3 Nach abgeschlossener Montage und Installation des Liefergegenstandes zeigt der Auftragnehmer der Bundesdruckerei die Bereitschaft zur Inbetriebnahme an. Die Anzeige darf frühestens zu dem in **Anlage 9** bezeichneten Termin erfolgen. Der Inbetriebnahmetermin wird sodann von der Bundesdruckerei in Abstimmung mit dem Auftragnehmer festgelegt. Liegt der festgelegte Termin der Inbetriebnahme länger als 2 (zwei) Wochen nach Anzeige der Inbetriebnahmebereitschaft zurück und hat die Bundesdruckerei dies zu vertreten, verlängern sich entsprechend nachfolgende Fristen des Terminplans.
- 8.4 Der Auftragnehmer wird sich rechtzeitig vorab über die am Bestimmungsort einzuhaltenden Sicherheitsvorschriften und eventuelle Zugangsvoraussetzungen informieren und deren Einhaltung sicherstellen.

## **§ 9 Abnahme**

- 9.1 Nach abgeschlossener Montage und Installation bzw. erfolgreicher Inbetriebnahme des Liefergegenstandes zeigt der Auftragnehmer der Bundesdruckerei die Abnahmebereitschaft an und gibt dieser Gelegenheit zur Prüfung des Liefergegenstandes und zur Durchführung eines Probetriebs unter Produktionsbedingungen. Der Auftragnehmer unterstützt die Bundesdruckerei auf Anforderung bei der Durchführung des Probetriebs.

- 9.2 Die Abnahmeprüfung und der Probetrieb erfolgen entsprechend den in der **Anlage 1** (Lastenheft inkl. Pflichtenheft) formulierten Anforderungen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, gemäß den Vorgaben in **Anlage 1** eine Testspezifikation für die Abnahmeprüfung zu erstellen. Die zur Abnahme und für den Probetrieb erforderlichen Materialien stellt die Bundesdruckerei gemäß der **Anlage 1** (Lastenheft inkl. Pflichtenheft) bei.
- 9.3 Die Bundesdruckerei ist berechtigt, sachverständige Dritte zur Durchführung des Probetriebs und zur Abnahme hinzuzuziehen. Der Auftragnehmer ist zur Teilnahme am Probetrieb und der Abnahme berechtigt, bzw. auf Aufforderung der Bundesdruckerei verpflichtet.
- 9.4 Die Bundesdruckerei ist zur Erklärung der Abnahme verpflichtet, wenn der Liefergegenstand frei von Mängeln ist, den vertraglichen Vereinbarungen, insbesondere den Anforderungen der **Anlage 1** (Lastenheft inkl. Pflichtenheft) entspricht und der Probetrieb erfolgreich war. Voraussetzung der Abnahme ist weiterhin, dass die vereinbarten Schulungen und Einweisungen durchgeführt worden sind, die Dokumentation nach § 10.1 dieses Vertrages übergeben wurde und die Überprüfung des Liefergegenstandes durch die Verantwortlichen der Bundesdruckerei für Arbeitssicherheit erfolgreich war. Wegen unwesentlicher Mängel kann die Bundesdruckerei die Abnahme nicht verweigern.
- 9.5 Es erfolgt in jedem Fall eine förmliche Abnahme. Eine konkludente Abnahme oder Abnahmefiktion in Folge von Inbetriebnahme durch die Bundesdruckerei wird ausgeschlossen, § 640 Abs. 2 Satz 1 BGB findet keine Anwendung. Bei Vorliegen der Voraussetzungen soll die Abnahme im Regelfall binnen 1 (einer) Woche nach erfolgreicher Beendigung des Probetriebs erfolgen.
- 9.6 Über die Abnahme erstellen die Parteien ein Abnahmeprotokoll, welches von beiden Parteien unterzeichnet wird. Bei der Abnahme festgestellte Mängel werden im Abnahmeprotokoll vermerkt und sind vom Auftragnehmer innerhalb der im Abnahmeprotokoll vereinbarten Frist, andernfalls unverzüglich, zu beseitigen. In diesem Fall ist die Bundesdruckerei berechtigt, einen angemessenen Betrag bis zur Beseitigung der Mängel von der vereinbarten Vergütung einzubehalten. Fehlt es an einer Einigung über die Höhe des Einbehaltes zwischen den Parteien, beträgt dieser das 3-fache des Wertes, des zur Beseitigung des jeweiligen Mangels voraussichtlich erforderlichen Aufwandes.
- 9.7 Schlägt die Abnahme fehl, wird der Auftragnehmer die bestehenden Mängel beseitigen und die Abnahmereife des Liefergegenstandes unverzüglich herstellen. Der Auftragnehmer räumt der Bundesdruckerei sodann erneut die Möglichkeit zur Prüfung des Liefergegenstandes ein. War der ursprüngliche Probetrieb nicht erfolgreich, kann die Bundesdruckerei auch die Wiederholung des Probetriebs verlangen.
- 9.8 Schlägt die Abnahme ein zweites Mal fehl, kann die Bundesdruckerei nach eigener Wahl den Auftragnehmer nochmals zur vertragsgemäßen Herstellung des Liefergegenstandes auffordern oder die ihr gesetzlich zustehenden Rechte geltend machen, insbesondere bei Vorliegen der hierfür geltenden Voraussetzungen, vom Vertrag zurücktreten sowie Schadensersatz verlangen. Diese Regelung gilt für weitere Abnahmeversuche entsprechend.
- 9.9 Mit der Abnahme geht die Gefahr des zufälligen Untergangs des Liefergegenstandes auf die Bundesdruckerei über.

## **§ 10 Dokumentation, Einweisung und Ausbildung von Personal**

- 10.1 Für Bedienung, Service und Fehlerbehebung am Liefergegenstand stellt der Auftragnehmer der Bundesdruckerei eine ausreichende Dokumentation entsprechend den Festlegungen in der **Anlage 1** (Lastenheft inkl. Pflichtenheft) in deutscher Sprache zur Verfügung.
- 10.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich die in der **Anlage 1** (Lastenheft inkl. Pflichtenheft) und den in **Anlage 7** definierten Schulungspakete durchzuführen. Die Schulungsthemen ergeben sich aus dem mit dem Angebot (**Anlage 7**) einzureichenden Schulungskonzept und der genaue Termin wird einvernehmlich festgelegt. Die erfolgreiche Durchführung der Schulung der Mitarbeiter der Bundesdruckerei ist vom Auftragnehmer durch Erstellung eines Protokolls nach erfolgter Schulung zu belegen.

## **§ 11 Gefahrübergang, Annahmeverzug**

- 11.1 Die Gefahr des zufälligen Untergangs oder der zufälligen Verschlechterung des Liefergegenstandes geht mit Abnahme auf die Bundesdruckerei über (Incoterms® 2020 – DAP). Der Abnahme steht es gleich, wenn sich die Bundesdruckerei in Annahmeverzug befindet.
- 11.2 Für den Eintritt des Annahmeverzuges der Bundesdruckerei gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Auftragnehmer muss seine Leistung der Bundesdruckerei aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung der Bundesdruckerei (z.B. Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist. Gerät die Bundesdruckerei in Annahmeverzug, kann der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen.

## **§ 12 Eigentumsübergang**

Eigentumsvorbehalte des Auftragnehmers gelten nur, soweit sie sich auf die Zahlungsverpflichtung für den jeweiligen Liefergegenstand beziehen, an denen der Auftragnehmer sich das Eigentum vorbehält. Insbesondere sind erweiterte oder verlängerte Eigentumsvorbehalte unzulässig.

## **§ 13 Einräumung von Rechten**

- 13.1 Der Auftragnehmer wird der Bundesdruckerei an Software, die mit konkreten Liefergegenständen mitgeliefert bzw. in konkreten Liefergegenständen vorhanden ist sowie zum Betrieb der Liefergegenstände benötigt wird, ein nicht-ausschließliches, zeitlich unbeschränktes Recht zur Nutzung der Software übertragen.
- 13.2 Sofern der Auftragnehmer den Einsatz von Standardsoftware zum Betrieb des Liefergegenstandes für erforderlich hält, hat er die Bundesdruckerei vorab schriftlich darüber zu informieren. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die zur vertragsgegenständlichen Nutzung erforderlichen Lizenzen auf eigene Kosten zu erwerben und die unter Ziffer 13.1 geregelten Nutzungsrechte an die Bundesdruckerei zu übertragen.
- 13.3 Der Auftragnehmer garantiert im Wege eines selbstständigen Garantieversprechens mit verschuldensunabhängiger Einstandspflicht, dass die Rechteeinräumung gemäß den vorstehenden Ziffern ausreichend für die Erfüllung der vertraglich vorgesehenen Zwecke ist und garantiert daher, dass

die Arbeitsergebnisse für die in diesem Vertrag vorgesehenen Zwecke jetzt und zukünftig eingesetzt werden können und die Nutzung nicht beeinträchtigt wird.

## **§ 14 Vergütung**

- 14.1 Die Vergütung für den Liefergegenstand und sonstige Leistungen ergibt sich aus **Anlage 8** (Preisblatt).
- 14.2 Zu den Preisen nach Absatz 1 tritt die ggf. anfallende Umsatzsteuer in der gesetzlichen Höhe hinzu.
- 14.3 Sofern eine Steuerabzugspflicht nach § 50a Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 49 EstG besteht und keine Freistellungsbescheinigung vorliegt, behält der Auftraggeber die Quellensteuern auf die Gebühren für Nutzungsrechte ein und führt sie an das Bundeszentralamt für Steuern ab.
- 14.4 Mit Zahlung der Vergütung nach diesem Paragraphen sind alle vertraglich vereinbarten Leistungen nach diesem Vertrag einschließlich etwaiger Nebenleistungen sowie sonstige Nebenkosten und Reisekosten abgegolten.

## **§ 15 Fälligkeit der Vergütung**

- 15.1 Für die Zahlung nach der **Anlage 8** (Preisblatt) wird folgender Zahlungsplan pro Fertigungssystem vereinbart:
  - i 30 % nach Vertragsunterschrift und Übergabe einer Vorauszahlungsbürgschaft (§ 15.3) in gleicher Höhe;
  - i 40 % nach Anlieferung des vollständigen Liefergegenstandes an den Bestimmungsort der Bundesdruckerei und Übergabe einer Vertragserfüllungsbürgschaft (§ 15.3) in gleicher Höhe;
  - i 25 % nach erfolgreicher Abnahme des Liefergegenstandes;
  - i 5 % 8 (acht) Wochen nach Abnahme des Liefergegenstandes sofern in dieser Zeit keine wesentlichen Mängel des Liefergegenstandes aufgetreten sind, die der Gewährleistung unterfallen, sonst nach Behebung dieser Mängel;

Der Auftragnehmer kann den Gewährleistungseinbehalt gegen Stellung einer Gewährleistungsbürgschaft in gleicher Höhe ablösen.

Soweit in **Anlage 8** (Preisblatt) nicht abweichend geregelt, wird die Vergütung im Übrigen jeweils mit Erbringung der entsprechenden Lieferung oder Leistung fällig.

- 15.2 Mit Zahlung der dritten Rate nach § 15 Abs. 1 dieses Vertrages geht das Eigentum am Liefergegenstand an die Bundesdruckerei über.
- 15.3 Für die unter § 15.1 dieses Vertrages genannte Vorauszahlungsbürgschaft und Vertragserfüllungsbürgschaft stellt der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine selbstschuldnerische unbefristete Bürgschaft eines in der Europäischen Union oder in einem Staat, der Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, zugelassenen Kreditinstituts oder Kreditversicherers. Die

Bürgschaft muss die ausdrückliche Erklärung enthalten, dass die Bürgschaft deutschem Recht unterliegt und ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus dem Bürgschaftsvertrag Berlin ist. Der Bürge hat in der Bürgschaft auf die Einrede der Anfechtbarkeit (§ 770 Abs. 1 BGB) sowie auf die Einrede der Vorausklage (§ 771 BGB) zu verzichten. Außerdem hat der Bürge auf die Einrede der Aufrechenbarkeit (§ 770 Abs. 2 BGB) zu verzichten, soweit dem Auftragnehmer keine unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen gegen den Auftraggeber zustehen.

Die Bürgschaftsurkunde muss auch die Erklärung des Bürgen enthalten, dass er den Auftraggeber gegenüber dem Auftragnehmer wegen Rückforderungsansprüchen von Vorauszahlungen sichert und dass die Ansprüche aus der Bürgschaft nicht vor den gesicherten Ansprüchen verjähren, spätestens aber nach 30 Jahren.

- 15.4 Die Vorauszahlungsbürgschaft, Vertragserfüllungsbürgschaft und eine eventuelle Gewährleistungsbürgschaft sind im Original an folgende Adresse zu senden:

Bundesdruckerei GmbH  
Abteilung FP SO SP / strateg. Einkauf  
Kommandantenstr. 18  
10969 Berlin

- 15.5 Die Rückgabe der Vorauszahlungsbürgschaft und der Vertragserfüllungsbürgschaft erfolgt nach erfolgreicher Abnahme des Liefergegenstandes in der Bundesdruckerei. Die Rückgabe einer vom Auftragnehmer gestellten Gewährleistungsbürgschaft erfolgt nach Ablauf der Gewährleistungsfrist. Die Bundesdruckerei kann die Rückgabe der Gewährleistungsbürgschaft jedoch insoweit verweigern, als noch durchsetzbare Gewährleistungsansprüche bestehen.

- 15.6 Voraussetzung für die Fälligkeit von Zahlungen ist die ordnungsgemäße Rechnungslegung. Sämtliche Rechnungen müssen den gesetzlichen Anforderungen, insbesondere denen des UStG und der E-RechV genügen. Die Rechnungsstellung erfolgt unter Bezugnahme auf die mitgeteilte Bestellnummer der Bundesdruckerei und muss alles Erforderliche für eine Rechnungsprüfung enthalten. Rechnungen sind nach ordnungsgemäßer Lieferung binnen 30 (dreißig) Kalendertagen nach Eingang bei der Bundesdruckerei zur Zahlung fällig. Sollte die Lieferung erst nach Rechnungseingang erfolgen, beginnt diese Frist mit Lieferung. Für die in § 15.1 dieses Vertrages genannte Vorauszahlungsbürgschaft gilt abweichend eine Fälligkeitsfrist von 14 (vierzehn) Kalendertagen.

- 15.7 Rechnungen sind zu stellen an:

Bundesdruckerei GmbH  
Kommandantenstr. 18  
10969 Berlin  
HRB Nr.70764, Ort: Berlin Charlottenburg  
Ust.-IDNr.: DE 812746617

Die Bundesdruckerei ist seit dem 27. November 2020 gesetzlich verpflichtet, elektronische Rechnungen (xRechnungen) über digitale Kanäle zu empfangen. Für die Übermittlung einer xRechnung ist die OZG-konforme-Rechnungseingangsplattform (OZG-RE) unter <https://xrechnung-bdr.de> zu nutzen mit der Leitweg-ID: 992-80152-82. Rückfragen können per E-Mail (Sendersupport-xrechnung@bdr.de) oder telefonisch (+ 49 (0)30 25 98-4436) gestellt werden.

- 15.8 Soweit der Auftragnehmer nicht zur Einreichung von elektronischen Rechnungen gemäß E-Rechnungs-Verordnung verpflichtet ist, hat dieser Rechnungen ausschließlich als PDF-Dokument an folgende E-Mail-Adresse zu senden: [eingangsrechnung@bdr.de](mailto:eingangsrechnung@bdr.de)
- 15.9 Alle Zahlungen erfolgen auf das in der jeweiligen Rechnung benannte Konto des Auftragnehmers.

## **§ 16 Versicherungen**

- 16.1 Der Auftragnehmer wird während der Laufzeit dieses Vertrages und bis zum Ablauf von 2 (zwei) Jahren nach Ende des Vertrages durchgehend einen ausreichenden Versicherungsschutz für die mit der Leistungserbringung verbundenen Risiken, der auch die Haftung des Auftragnehmers für reine Vermögensschäden, abdeckt, mit folgenden Mindest-Deckungssummen je Schadensfall unterhalten:
- a) für Sach- und Personenschäden 10 (zehn) Millionen EUR
  - b) für Vermögensschäden 2,5 (zwei, fünf) Millionen EUR
- jeweils zweifach maximiert im Versicherungsjahr.
- 16.2 Erbringt der Auftragnehmer den Nachweis eines ausreichenden Versicherungsschutzes auf Anfrage des Auftraggebers nicht oder erfüllt der jeweilige Versicherungsvertrag nicht die Anforderungen an den Versicherungsschutz gemäß vorstehendem Absatz 1, ist der Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung dieses Vertrages berechtigt.

## **§ 17 Koordination und Abstimmung**

- 17.1 Der Auftragnehmer übernimmt die Gesamtkoordination und trägt die Verantwortung dafür, dass alle Lieferungen und Leistungen zu den vereinbarten Terminen erfolgen und insbesondere die Abnahmefähigkeit des Liefergegenstandes zum vereinbarten Fertigstellungstermin erreicht ist.
- 17.2 Für die Steuerung und Koordination benennen die Vertragsparteien nach Zuschlag einen Projektbeauftragten, der als Ansprechpartner für alle Fragen der Vertragsdurchführung auftritt.
- 17.3 Eine Abberufung des Projektbeauftragten durch den Auftragnehmer ist nur aus wichtigem Grund und nur bei gleichzeitiger Benennung eines qualifizierten neuen Projektbeauftragten zulässig.
- 17.4 Die Projektbeauftragten stimmen sich regelmäßig über den Fortschritt der Vertragsdurchführung ab. Die Projektbeauftragten sind nicht berechtigt vertragsändernde Absprachen zu treffen.
- 17.5 Der Auftragnehmer berichtet der Bundesdruckerei regelmäßig, wenigstens wöchentlich, über den Fortschritt der Vertragsdurchführung. Die Bundesdruckerei ist jederzeit berechtigt, in angemessenem Umfang ergänzende Informationen zum Stand der Vertragsdurchführung anzufordern.
- 17.6 Auf Grundlage der Fortschrittsberichte des Auftragnehmers führen die Parteien wöchentlich eine Statusbesprechung durch, bei der der Stand der Vertragsdurchführung, eventuell auftretende oder drohende Risiken sowie eventuell anstehende Änderungen besprochen und koordiniert werden. Der Auftragnehmer wird die Statusbesprechungen protokollieren und der Bundesdruckerei jeweils binnen drei Werktagen ein Protokoll der Statusbesprechung vorlegen.

## § 18 Inspektion und Wartung

- 18.1 Der Auftragnehmer übernimmt für einen Zeitraum von 24 (vierundzwanzig) Monaten nach Abnahme die regelmäßige Inspektion und Wartung des Liefergegenstandes sowie die Durchführung erforderlicher Reparaturen.
- 18.2 Der Auftragnehmer führt gemäß dem unterbreiteten Wartungsangebot und -konzept eine regelmäßige Inspektion und Wartung des Liefergegenstandes durch. Die Inspektion umfasst eine umfassende Funktionsprüfung mit geeigneten Diagnosemitteln und die Prüfung des ordnungsgemäßen und betriebssicheren Zustands des Liefergegenstandes. Zugleich führt der Auftragnehmer die erforderlichen Wartungsleistungen durch. Dies umfasst insbesondere den Austausch von Verschleißteilen und Schmierstoffen, die Erneuerung von Dichtungen und sonstige Maßnahmen zur Erhaltung der Betriebsbereitschaft. Die Einzelheiten der durchzuführenden Inspektion und Wartung ergeben sich aus **Anlage 1** und dem vom Auftragnehmer im Rahmen des Vergabeverfahrens unterbreiteten Wartungsangebot und -konzepts (**Anlage 7**).
- 18.3 Im Falle von Betriebsstörungen, Schäden oder Defekten übernimmt der Auftragnehmer die Reparatur des Liefergegenstandes und die Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft.
- 18.4 Für die Meldung von Störungen und den technischen Support stellt der Auftragnehmer eine telefonische Hotline zur Verfügung, die zu den üblichen Geschäftszeiten erreichbar ist.
- 18.5 Fällige Inspektionen und Wartungen kündigt der Auftragnehmer der Bundesdruckerei eigenverantwortlich an und stimmt die jeweiligen Termine mit der Bundesdruckerei ab. Betriebsstörungen, Schäden oder Defekte beseitigt der Auftragnehmer nach entsprechender Anzeige der Bundesdruckerei innerhalb der vereinbarten Fristen nach **Anlage 1** (Lastenheft inkl. Pflichtenheft).
- 18.6 Der Auftragnehmer wird sämtliche Inspektions-, Wartungs- und Reparaturmaßnahmen angemessen dokumentieren und der Bundesdruckerei jeweils binnen 1 (einer) Woche einen entsprechenden Bericht zur Verfügung stellen.
- 18.7 Die Vergütung für die Inspektions- und Wartungsleistungen nach diesem Paragraphen wird auf Basis der Entgelte nach **Anlage 8** (Preisblatt) berechnet. Leistungen des Auftragnehmers zur Behebung von Betriebsstörungen, Schäden oder Defekten werden nach Aufwand auf Basis der jeweils aktuellen Servicesätze des Auftragnehmers zum Nachweis abgerechnet. Diese werden separat durch die Bundesdruckerei in Textform beauftragt und vom Auftragnehmer mittels Auftragsbestätigung bestätigt. Für Leistungen im Rahmen der Gewährleistung erfolgt keine Berechnung.

## § 19 Verfügbarkeit von Ersatzteilen und Serviceleistungen

- 19.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Ersatzteile (einschließlich Verschleißteile) für den Liefergegenstand, die nicht allgemein am Markt verfügbar sind, für einen Zeitraum von mindestens 10 (zehn) Jahren ab Abnahme in ausreichender Zahl zu angemessenen Konditionen verfügbar zu halten und auf Bestellung innerhalb der in **Anlage 1** vereinbarten Servicefristen zu liefern.
- 19.2 Gewährleistungsansprüche für die von der Bundesdruckerei beim Auftragnehmer bezogenen Ersatzteile (einschließlich Verschleißteile) verjähren mit Ablauf von 24 (vierundzwanzig) Monaten. Die Verjährung beginnt mit der Ablieferung des jeweiligen Ersatzteils. In Fällen der Arglist oder wenn das jeweilige Ersatzteil entsprechend seiner üblichen Verwendungsweise für ein Bauwerk verwendet worden ist, gilt abweichend die gesetzliche Gewährleistungsfrist.



- 19.3 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für einen Zeitraum von 10 (zehn) Jahren nach Abnahme sicherzustellen, dass Inspektions-, Wartungs- und Reparaturleistungen für den Liefergegenstand zu angemessenen Konditionen am Markt verfügbar sind. Erhält die Bundesdruckerei in dieser Zeit trotz ernsthafter Bemühungen kein entsprechendes Angebot eines Dritten, wird der Auftragnehmer auf Anfrage der Bundesdruckerei selbst ein Angebot für Inspektions-, Wartungs- bzw. Reparaturleistungen zu angemessenen Konditionen abgeben oder ein entsprechendes Angebot eines Dritten vermitteln.

## **§ 20 Beistellungen und Mitwirkungshandlungen**

- 20.1 Die Bundesdruckerei erbringt die in **Anlage 1** (Lastenheft inkl. Pflichtenheft) bezeichneten Beistellungen und Mitwirkungshandlungen. Weitere Beistellungen und Mitwirkungshandlungen erbringt die Bundesdruckerei nur, wenn der Auftragnehmer objektiv auf diese Beistellungen und Mitwirkungshandlungen angewiesen ist und diese keine Pflichten des Auftragnehmers ersetzen. Der Auftragnehmer wird die Bundesdruckerei auf notwendige Beistellungen und Mitwirkungshandlungen, insbesondere zu liefernden Unterlagen und Informationen, rechtzeitig, spätestens jedoch bis zum Ende der Angebotsfrist, hinweisen.
- 20.2 Auf das Ausbleiben notwendiger Beistellungen und Mitwirkungshandlungen bzw. von der Bundesdruckerei zu liefernden Unterlagen und Informationen kann der Auftragnehmer sich nur berufen, wenn er diese rechtzeitig vorab angemahnt hat. Kommt es hierdurch zu Verzögerungen, kann der Auftragnehmer eine angemessene Verlängerung der vereinbarten Fristen verlangen. Weitere Ansprüche des Auftragnehmers sind ausgeschlossen.

## **§ 21 Weisungsprüfung- und Kontrollrechte**

- 21.1 Die Bundesdruckerei ist befugt, uneingeschränkt Weisungen zu treffen, die zur vertragsgemäßen Ausführung der vertragsgegenständlichen Leistungen notwendig sind. Ferner ist die Bundesdruckerei berechtigt, die Befolgung der Weisungen zu kontrollieren oder durch beauftragte Dritte kontrollieren zu lassen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, diese Weisungen unverzüglich zu befolgen und der Bundesdruckerei jeweils unaufgefordert deren Befolgung nachzuweisen, es sei denn, dies ist für den Auftragnehmer unzumutbar.
- 21.2 Hält der Auftragnehmer Weisungen der Bundesdruckerei für unzumutbar, so hat der Auftragnehmer der Bundesdruckerei die Bedenken in Textform mitzuteilen. Bis zum Erhalt einer Weisung durch die Bundesdruckerei in Textform trotz Bedenkenmitteilung ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Weisung umzusetzen.
- 21.3 Der Auftragnehmer wird Prüfern der Bundesdruckerei bzw. von dieser beauftragten Dritten an Werktagen nach vorheriger Ankündigung innerhalb der Geschäftsöffnungszeiten von 09.00 – 16.00 Uhr jederzeit zu Prüfungs- und Kontrollzwecken umfassenden und unbeschränkten Zugang zu den Räumlichkeiten und den unter seiner Kontrolle stehenden Dokumenten gewähren, die mit den vertragsgegenständlichen Leistungen im Zusammenhang stehen und für die Prüfung sachdienlich sind. Die Prüfer sind berechtigt, Dokumente und Datenträger unter Beachtung und Erfüllung des jeweiligen Prüfungszwecks zu vervielfältigen. Die Bundesdruckerei entbindet den Auftragnehmer für diesen Zweck von der Verschwiegenheitspflicht und dem Grundsatz des Datengeheimnisses gemäß diesem Vertrag.



- 21.4 Der Auftragnehmer wird alle Personen, die sich ihm gegenüber zur Geheimhaltung verpflichtet haben, von dieser Geheimhaltungsverpflichtung gegenüber den Prüfern freistellen.
- 21.5 Die Prüfungs- und Kontrollrechte der Prüfer erstrecken sich auf die Prüfung und Kontrolle der vertragsgemäßen Leistungserbringung und die Einhaltung der vertraglichen Bestimmungen.
- 21.6 Die Bundesdruckerei wird, soweit sie darauf Einfluss nehmen kann, die Durchführung von Prüfungen mit einem Vorlauf von 5 (fünf) Werktagen ankündigen, Prüfungen nur zu den allgemeinen Geschäftszeiten des Auftragnehmers vornehmen und bei den Prüfungen das Interesse des Auftragnehmers an einem ungestörten Betriebsablauf berücksichtigen.
- 21.7 Jede Vertragspartei trägt die mit einer Prüfung verbundenen Personalkosten selbst. Die Kosten der von der Bundesdruckerei eingesetzten externen Prüfer trägt grundsätzlich die Bundesdruckerei.

## **§ 22 Gewährleistung**

- 22.1 Der Bundesdruckerei stehen die gesetzlichen Gewährleistungsansprüche inklusive der gesetzlichen Regressansprüche zu, soweit nicht nachfolgend etwas anderes bestimmt ist.
- 22.2 Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der Auftragnehmer insbesondere dafür, dass der Liefergegenstand bei Gefahrübergang auf die Bundesdruckerei die vereinbarte Beschaffenheit haben. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten insbesondere die Qualitätssicherungsvereinbarung sowie Produktbeschreibungen, die Gegenstand dieses Vertrages sind. Der Auftragnehmer hat die vertragsgemäße Qualität des Liefergegenstandes, deren Übereinstimmung mit der Technischen Spezifikation und die Eignung des Liefergegenstandes für die vorausgesetzte Verwendung einzuhalten.
- 22.3 Zu einer Untersuchung des Liefergegenstandes oder besonderen Erkundigungen über etwaige Mängel ist die Bundesdruckerei bei Vertragsschluss nicht verpflichtet. Teilweise abweichend von § 442 Abs. 1 S. 2 BGB stehen der Bundesdruckerei Mängelansprüche uneingeschränkt auch dann zu, wenn der Bundesdruckerei der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.

Für die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB) mit folgender Maßgabe: Die Untersuchungspflicht des Auftraggebers beschränkt sich auf Mängel, die bei der Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere offen zu Tage treten (z.B. Transportbeschädigungen, Falsch- oder Minderlieferung) oder bei einer Qualitätskontrolle des Auftraggebers im Stichprobenverfahren erkennbar sind. Offen zu Tage liegende Mängel (d.h. solche, die ohne Untersuchung erkennbar sind), sind rechtzeitig gerügt, wenn sie binnen 3 (drei) Werktagen nach Lieferung angezeigt werden. Offene Mängel, die erst durch eine nach ordnungsmäßigem Geschäftsgang tunliche Untersuchung zu Tage treten, sind jedenfalls dann rechtzeitig gerügt, wenn sie binnen 5 (fünf) Werktagen nach Lieferung angezeigt werden. Nimmt die Untersuchung länger als 1 (einen) Tag in Anspruch, verlängert sich die Frist für die Anzeige um die Dauer der Untersuchung, jedoch nicht länger als insgesamt 2 (zwei) Wochen. Die Rügepflicht des Auftraggebers für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. Verdeckte Mängel sind innerhalb von 14 (vierzehn) Werktagen nach ihrer Entdeckung anzuzeigen.

- 22.4 Die zum Zwecke der Prüfung und Nachbesserung aufgewendeten Kosten, einschließlich der Kosten für Einbau und Ausbau, Wege-, Arbeits-, Material- und Transportkosten, trägt der Auftragnehmer. Die Bundesdruckerei haftet für diese Kosten nur dann, wenn sie erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt hat, dass kein Mangel vorliegt.

- 22.5 Kommt der Auftragnehmer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung innerhalb einer durch die Bundesdruckerei gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so kann die Bundesdruckerei den Mangel selbst beseitigen und vom Auftragnehmer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Auftragnehmer fehlgeschlagen oder für die Bundesdruckerei unzumutbar (z.B. wegen besonderer Dringlichkeit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen wird die Bundesdruckerei den Auftragnehmer unverzüglich, nach Möglichkeit vorab, unterrichten.
- 22.6 Gewährleistungsansprüche der Bundesdruckerei verjähren mit Ablauf von 24 (vierundzwanzig) Monaten. Die Verjährung beginnt mit Gefahrübergang. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren allerdings in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen die Bundesdruckerei geltend machen kann. In Fällen der Arglist oder wenn der Liefergegenstand entsprechend seiner üblichen Verwendungsweise für ein Bauwerk verwendet worden sind, gilt abweichend die gesetzliche Gewährleistungsfrist.
- 22.7 Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit der Bundesdruckerei wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.
- 22.8 Für Liefergegenstände, die im Rahmen der Gewährleistung ausgebessert oder ausgetauscht werden, beginnt die Gewährleistungsfrist neu zu laufen, es sei denn, die Bundesdruckerei musste davon ausgehen, dass der Auftragnehmer die Ausbesserung oder den Austausch nicht zur Nacherfüllung, sondern aus Kulanz, zur Vermeidung von Streitigkeiten oder im Interesse des Fortbestands der Lieferbeziehung vorgenommen hat.

## **§ 23 Produkthaftung und Rückruf**

- 23.1 Wird die Bundesdruckerei aufgrund Produkthaftung oder Produzentenhaftung in Anspruch genommen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Bundesdruckerei von derartigen Ansprüchen freizustellen, sofern und soweit die Ansprüche auf einem Fehler des Liefergegenstandes beruhen. In den Fällen einer verschuldensabhängigen Inanspruchnahme der Bundesdruckerei gilt dies jedoch nur insoweit, als den Auftragnehmer ein Verschulden trifft. Im Falle von Fehlern des Liefergegenstandes wird das Verschulden des Auftragnehmers vermutet. Der Auftragnehmer übernimmt im Rahmen der Freistellung auch alle angemessenen Kosten und Aufwendungen der Bundesdruckerei. Im Falle einer Inanspruchnahme unterstützt der Auftragnehmer die Bundesdruckerei bei der Verteidigung gegen die Drittansprüche. Zu diesem Zweck pflegt der Auftragnehmer die erforderlichen Produktdokumentationen und Daten, solange Produkthaftungsfälle geltend gemacht werden können, mindestens jedoch 5 (fünf) Jahre nach Lieferung.
- 23.2 Der Auftragnehmer ist zu einer umfassenden Produktbeobachtung hinsichtlich des Liefergegenstandes verpflichtet. Stellt der Auftragnehmer im Hinblick auf den Liefergegenstand Risiken oder Gefahren fest oder hat der Auftragnehmer Hinweise auf solche Risiken oder Gefahren, hat er die Bundesdruckerei unverzüglich und umfassend darüber zu informieren und der Bundesdruckerei alle für eine eigene Bewertung notwendigen Informationen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Erfordern die Risiken oder Gefahren aus Sicht des Auftragnehmers einen Produktrückruf oder eine Warnung, hat er die Bundesdruckerei unverzüglich darüber in Textform zu informieren.

- 23.3 Ist die Bundesdruckerei infolge eines Fehlers des Liefergegenstandes zur Veröffentlichung einer Warnung oder zu einem Rückruf verpflichtet, trägt der Auftragnehmer sämtliche durch die Warnung oder den Rückruf verursachten angemessenen Kosten der Bundesdruckerei. Vor einer Warnung oder einem Rückruf, die ganz oder teilweise auf einem Fehler des Liefergegenstandes beruhen, wird die Bundesdruckerei den Auftragnehmer unterrichten und sich mit ihm über die effiziente Durchführung austauschen, es sei denn, die Unterrichtung oder Beteiligung des Auftragnehmers ist wegen besonderer Dringlichkeit nicht möglich oder nicht zumutbar.
- 23.4 Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

## **§ 24 Rechte Dritter und Schutzrechte**

- 24.1 Der Auftragnehmer gewährleistet, dass der Liefergegenstand (einschließlich gelieferter Dokumente und Informationen und integrierter oder mitgelieferter Software) frei von Rechten Dritter sind, insbesondere auch frei von Ansprüchen Dritter in Bezug auf in dem Liefergegenstand enthaltene Komponenten, in dem Liefergegenstand verwandte Materialien oder angewandte Verfahren, auf Grund von Eigentumsrechten oder Patenten, Gebrauchsmustern, Geschmacksmustern, Urheberrechten, Markenrechten oder ähnlichen Rechten.
- 24.2 Der Auftragnehmer räumt der Bundesdruckerei ein nicht ausschließliches, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränktes, übertragbares und unterlizenzierbares Recht ein, sämtliche Schutzrechte des Auftragnehmers zu nutzen, sofern und soweit dies für die unbeschränkte Nutzung, Verarbeitung oder den unbeschränkten Vertrieb der Liefergegenstände erforderlich ist. Das Nutzungsrecht kann an Erwerber des Liefergegenstandes unterlizenziert oder übertragen werden.

Der Auftragnehmer räumt der Bundesdruckerei an individuell für die Bundesdruckerei hergestellten Liefergegenständen oder Teilen hiervon und sonstige Leistungen (nachfolgend: Arbeitsergebnisse) bereits mit Zuschlag zu diesem Vertrag, spätestens jedoch mit Entstehung der Rechte, das dauerhafte, zeitlich und räumlich unbeschränkte, ausschließliche, übertragbare und unterlizenzierbare, unkündbare, unwiderrufliche und inhaltlich unbeschränkte Nutzungs- und Verwertungsrecht an allen Arbeitsergebnissen, einschließlich Erfindungen (insbesondere Patentrechte), geistigen Schöpfungen (insbesondere Urheberrechte), Know-how, Designs und Konzepten, ein. Dieses Nutzungs- und Verwertungsrecht erstreckt sich auf alle Nutzungsarten und umfasst unter anderem das Recht, die Arbeitsergebnisse zu vervielfältigen, zu verbreiten, vorzuführen, über Fernleitungen oder drahtlos zu übertragen, öffentlich zugänglich zu machen sowie auf jede sonstige bekannte oder unbekannte Nutzungsart zu verwerten. Dies schließt auch das Recht der Bundesdruckerei ein, ohne weitere Zustimmung des Auftragnehmers sämtliche aufgrund dieses Vertrages entstehenden Arbeitsergebnisse nach eigenem Ermessen zu bearbeiten oder in sonstiger Weise umzugestalten und die hierdurch geschaffenen Bearbeitungen und Fassungen in der gleichen Weise wie die ursprünglichen Arbeitsergebnisse zu verwerten. Die Bundesdruckerei kann darüber hinaus jederzeit ohne Angabe von Gründen die unverzügliche Herausgabe der jeweils bereits entstandenen Arbeitsergebnisse verlangen.

- 24.3 Unbeschadet von § 32 dieses Vertrages ist der Auftragnehmer verschuldensunabhängig verpflichtet, den Auftraggeber von Ansprüchen Dritter aufgrund von Schutzrechtsverletzungen auf erstes Anfordern freizustellen.
- 24.4 Unbeschadet von § 24 Abs. 3 dieses Vertrages und sonstiger Ansprüche des Auftraggebers wird der Auftragnehmer im Falle bestehender Drittansprüche auf eigene Kosten für den Auftraggeber ein Nutzungsrecht von dem berechtigten Dritten erwirken. Weitergehende Rechte des Auftraggebers bleiben von diesem Paragraphen unberührt.

## **§ 25 Vertraulichkeitspflichten und Datenschutz**

- 25.1 Die Parteien verpflichten sich im Rahmen der Durchführung dieses Vertrages zur Einhaltung der Vertraulichkeitsvereinbarung (**Anlage 4**).
- 25.2 Die Parteien verpflichten sich, die anwendbaren Vorschriften zum Datenschutz einzuhalten, insbesondere die Datenschutzgrundverordnung ("DSGVO") und das Bundesdatenschutzgesetz.
- 25.3 Der Auftragnehmer hat die bei der Durchführung von Datenverarbeitungen nach der Leistungsbeschreibung und nach diesem Vertrag beschäftigten Mitarbeiter vor Aufnahme der Tätigkeit mit den für sie maßgebenden Bestimmungen des Datenschutzes vertraut gemacht und für die Zeit ihrer Tätigkeit wie auch nach der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses in geeigneter Weise zur Verschwiegenheit verpflichtet (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. b und Art. 29 DSGVO). Der Auftragnehmer überwacht die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften in seinem Verantwortungsbereich.
- 25.4 Für den Fall, dass der Auftragnehmer im Rahmen dieses Vertrages personenbezogene Daten verarbeitet, werden die Parteien eine gesonderte Datenverarbeitungsvereinbarung (AVV) gemäß Abschnitt 28 der DSGVO abschließen, die wesentlicher Bestandteil dieses Vertrages sein wird. Etwaige Haftungsbegrenzungen des Auftragnehmers nach diesem Vertrag finden auf diese AVV keine Anwendung. Der Auftragnehmer wird die Bundesdruckerei unverzüglich - und vor Beginn einer solchen Verarbeitung - über jede notwendige Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen dieser Vereinbarung informieren.

## **§ 26 Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen**

- 26.1 Der Auftragnehmer ist zur Einhaltung der in **Anlage 5.1** näher beschriebenen Sicherheits- und Umweltschutzregeln für externe Dienstleister verpflichtet.
- 26.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der in **Anlage 5.2** (Sicherheitsvereinbarung) beschriebenen auf den konkreten Leistungsgegenstand anwendbaren Vorgaben zur Sicherheit (inkludiert Informationssicherheit) im Rahmen der Leistungserbringung.
- 26.3 Für die mit Zustimmung des Auftraggebers eingesetzten Unterauftragnehmer und deren Mitarbeitenden stellt der Auftragnehmer die entsprechende Einhaltung dieser Sicherheitsbestimmungen sicher.
- 26.4 Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Bestimmungen dieses Paragraphen. Je Verletzung der Bestimmung dieses Paragraphen ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer vom Auftraggeber im Einzelfall nach billigem Ermessen festzusetzenden – jedoch gerichtlich überprüfbaren – Vertragsstrafe verpflichtet. Die Vertragsstrafe kann bis zu 6 Monate nach Ende der Vertragslaufzeit geltend gemacht werden, ohne dass dies eines Vorbehalts gem. § 341 Abs. 3 BGB bedarf. Die Vereinbarung dieser Vertragsstrafe schließt die Geltendmachung weitergehender Ansprüche und sonstiger Rechte nicht aus. Eine bereits gezahlte Vertragsstrafe wird insofern jedoch angerechnet.
- 26.5 Der Auftraggeber behält sich vor, eigene Audits zur Informationssicherheit durchzuführen. In diesem Zusammenhang soll die Angemessenheit der Maßnahmen zur Informationssicherheit geprüft werden. Der Auftragnehmer und seine Mitarbeitenden haben auf Verlangen des Auftraggebers an den Audits, welche durch den Auftraggeber veranlasst werden, teilzunehmen. Bei Ausübung nimmt der Auftraggeber auf die betrieblichen Belange des Auftragnehmers bzw. der jeweiligen Unterauftragnehmer angemessen Rücksicht.

## **§ 27 Compliance**

- 27.1 Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich informieren, sollte er dem Personenkreis unterfallen, demgegenüber die Vertragserfüllung nach Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung untersagt ist.
- 27.2 Der Auftragnehmer stellt sicher, während der Vertragslaufzeit keine Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen wurden, und auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, einzusetzen, die einen Bezug zu Russland im Sinne von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 haben. Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer hierüber geeigneten Nachweis zu erbringen.
- 27.3 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Verhaltenskodex für Geschäftspartner gemäß **Anlage 2** zu diesem Vertrag einzuhalten und die darin enthaltenen Grundsätze entlang der Lieferkette gemäß den Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) angemessen zu adressieren.
- 27.4 Bei Anhaltspunkten für einen Verstoß gegen den Verhaltenskodex (**Anlage 2**) durch den Auftragnehmer oder seine mittelbaren bzw. unmittelbaren Vertragspartner bzw. bei einem entsprechenden Verdacht, hat der Auftragnehmer die Bundesdruckerei unverzüglich in Textform über Art, Umfang und Zeitraum des Verstoßes gegen den Verhaltenskodex, sowie über Schritte und Zeitraum der Unterbindung des Verstoßes zu informieren, und Auskunft über Schritte zur Sicherstellung der zukünftigen Einhaltung der Verhaltensvorgaben im Rahmen der gegenseitigen Vertragsbeziehungen zu geben.
- 27.5 Wird ein Verstoß gegen den Verhaltenskodex festgestellt oder steht unmittelbar bevor, sind unverzüglich angemessene Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, um diesen Verstoß zu verhindern, zu beenden oder das Ausmaß der Verletzung zu minimieren.

## **§ 28 Unzulässige Handlungen**

- 28.1 Die Bundesdruckerei ist berechtigt, von diesem Vertrag zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten der Bundesdruckerei mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung dieses Vertrages befasst sind, oder ihnen nahestehenden Personen mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zur Bundesdruckerei Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.
- 28.2 Vor der Entscheidung über die Ausübung eines Rücktrittsrechts nach diesem Paragraphen wird die Bundesdruckerei dem Auftragnehmer Gelegenheit geben, unverzüglich zu dem Sachverhalt Stellung zu nehmen.
- 28.3 Tritt die Bundesdruckerei nach diesem Paragraphen vom Vertrag zurück, kann sie die empfangenen Leistungen behalten und hat insoweit das vereinbarte Entgelt zu entrichten. Die Bundesdruckerei kann daneben vom Auftragnehmer den Ersatz des Schadens verlangen, der ihr durch den Rücktritt vom Vertrag entsteht. Dagegen stehen dem Auftragnehmer gegen die Bundesdruckerei aufgrund des Rücktritts keine Ansprüche wegen Nichterfüllung des Vertrages zu. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften über den Rücktritt.

28.4 Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Parteien bleiben unberührt.

## **§ 29 Einhaltung des Mindestlohngesetzes**

- 29.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich gegenüber dem Auftraggeber, seinen Beschäftigten im Sinne von § 22 MiLoG mindestens den gesetzlich zu zahlenden Mindestlohn entsprechend dem Mindestlohngesetz (MiLoG) zu gewähren.
- 29.2 Der Auftragnehmer wird auch alle Unterauftragnehmer sowie Verleiher in einer diesem Vertrag entsprechenden Weise zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dem MiLoG verpflichten und diese darüber hinaus verpflichten, weitere Unterauftragnehmer oder Verleiher unter denselben oder vergleichbaren Regelungen zur Einhaltung des MiLoG zu verpflichten.
- 29.3 Auf Verlangen des Auftraggebers wird der Auftragnehmer entsprechende Nachweise über die Einhaltung seiner Verpflichtungen gemäß vorstehenden Absätzen vorlegen. Der Auftraggeber ist berechtigt, diese Nachweise bei Bedarf seinen Auftraggebern zur Verfügung zu stellen.
- 29.4 Wird der Auftraggeber für Verpflichtungen des Auftragnehmers oder eines von ihm eingesetzten Unterauftragnehmers oder Verleihers zur Zahlung von Mindestlohn oder sonstigen Leistungen nach § 13 MiLoG in Anspruch genommen, hat der Auftraggeber gegenüber fälligen Zahlungen des Auftragnehmers ein Zurückbehaltungsrecht und ist nach Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen auch ausdrücklich zur Aufrechnung mit Forderungen des Auftragnehmers berechtigt.
- 29.5 Zur Absicherung der vorstehend genannten Ansprüche hat der Auftraggeber jederzeit das Recht zu verlangen, dass der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem MiLoG in angemessener Weise Sicherheit leistet. Die Sicherheit kann im Wege einer Bürgschaft geleistet werden. Sofern dies geschieht, muss eine unbefristete, selbstschuldnerische Bürgschaft eines von dem Auftraggeber im Voraus genehmigten Kreditinstituts vorgelegt werden. Bringt der Auftragnehmer diese Sicherheit nicht binnen zwei Wochen nach schriftlicher Aufforderung durch den Auftraggeber bei, ist der Auftraggeber berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten. Die Sicherheit dient ausschließlich der Absicherung der Ansprüche des Auftraggebers zur Einhaltung der Regelungen des MiLoG; eine Zurückbehaltung wegen anderer oder Aufrechnung mit anderen Ansprüchen des Auftraggebers ist unzulässig. Die Sicherheit ist spätestens sechs Monate nach vollständiger Abwicklung des Leistungsvertrages freizugeben, sofern bis zu diesem Zeitpunkt keine Ansprüche gegenüber dem Auftraggeber im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung geltend gemacht worden sind.
- 29.6 Dem Auftraggeber bleibt vorbehalten, die Freigabe der Sicherheit auch über diesen Zeitraum hinaus zu verweigern, wenn spätestens bis zum Ablauf der Freigabefrist konkrete Anhaltspunkte vorliegen, die einen Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns und die Gefahr späterer Inanspruchnahme des Auftraggebers begründen.
- 29.7 Im Fall eines Verstoßes des Auftragnehmers gegen die Absätze 1 und 2 dieses Paragraphen ist der Auftraggeber berechtigt, die Leistungen aus diesem Vertrag ganz oder teilweise zurückzubehalten. Darüber hinaus kann der Auftraggeber den vorliegenden Vertrag insgesamt außerordentlich mit sofortiger Wirkung kündigen, ohne dass es einer vorherigen Abmahnung bedarf.
- 29.8 Unabhängig von der Geltendmachung der vorstehenden Rechte bleibt die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen unberührt.

### **§ 30 Exportkontrolle und Zoll**

- 30.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Regelungen zur Exportkontrolle und Zoll entsprechend **Anlage 3** (Exportkontrolle und Zoll) sowie zur Einhaltung der Regelungen entsprechend **Anlage 6** (Fragebogen für Zulieferer).
- 30.2 Ein schuldhafter Verstoß des Auftragnehmers gegen die in **Anlage 3** geregelten Versicherungen und Verpflichtungen stellt eine wesentliche Vertragspflichtverletzung dar und berechtigt den Auftraggeber, gegebenenfalls nach vorheriger Abmahnung, sofern der Verstoß dadurch geheilt und beseitigt werden kann, von diesem Vertrag und/oder den betroffenen Einzelverträgen mit sofortiger Wirkung zurückzutreten, ohne dass der Auftragnehmer hieraus Ansprüche geltend machen kann.

### **§ 31 Haftung**

- 31.1 Der Auftragnehmer haftet für sämtliche Schäden, die er im Rahmen der Durchführung dieses Vertrages dem Auftraggeber schuldhaft verursacht nach den gesetzlichen Regelungen.
- 31.2 Der Auftraggeber haftet im Falle von Arglist, Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen. Schäden, die durch leichte Fahrlässigkeit entstanden sind, werden nur ersetzt, wenn es sich dabei um die Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht (Kardinalpflicht) handelt. Kardinalpflichten sind die wesentlichen Pflichten, die die Grundlage des Vertrages bilden, die entscheidend für den Abschluss des Vertrages waren und auf deren Erfüllung der Auftragnehmer vertrauen musste. In Fällen einer leicht fahrlässigen Verletzung einer wesentlichen Pflicht ist die Haftung der Höhe nach beschränkt auf den jeweiligen Einzelauftragswert. Im Übrigen ist die Haftung für leicht fahrlässig verursachte Schäden des Auftraggebers ausgeschlossen.
- 31.3 Schadensersatzansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz und Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers und der Gesundheit bleiben durch die vorstehenden Haftungsbeschränkungen unberührt.
- 31.4 Die Haftung für einen eventuellen Datenverlust oder -beschädigung ist auf den Aufwand beschränkt, der bei ordnungsgemäßer Datensicherung erforderlich gewesen wäre, um die Daten aus dem gesicherten Datenmaterial wiederherzustellen.
- 31.5 Die vorstehenden Haftungsbeschränkungen gelten auch zu Gunsten von evtl. eingebundenen gesetzlichen Vertretern und Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers.

### **§ 32 Freistellung**

- 32.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber von allen vertraglichen oder gesetzlichen Ansprüchen Dritter auf erstes Anfordern freizustellen, die sich verschuldensunabhängig aus einer nicht vertragsgerechten Lieferung der Lieferwaren und sonstige Leistungen oder aus Verstößen gegen etwaig abgegebene Garantien oder aus schuldhaften Vertragsverstößen oder aus unerlaubten Handlungen der Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen ergeben. Das schließt insbesondere die Kosten und Aufwendungen zur Abwehr solcher Ansprüche sowie etwaige Kosten zur Rechtsverfolgung ein. Haftungsobergrenzen aus § 31 dieses Vertrages finden keine Anwendung.



- 32.2 Unbeschadet der Freistellungsverpflichtung wird der Auftragnehmer den Auftraggeber hinsichtlich der Abwehr von etwaigen Ansprüchen Dritter unterstützen und ihm umfassend und rechtzeitig Auskunft erteilen. Dasselbe gilt für den Fall etwaiger ordnungsbehördlicher Verfahren oder Ermittlungen. Etwaige prozessuale Rechte zur Verkündung des Streits bleiben unberührt.

### **§ 33 Höhere Gewalt**

- 33.1 Als Fälle höherer Gewalt gelten Krieg, innere Unruhen am Produktionsstandort, Streik, schwerwiegende Naturkatastrophen, Epidemien oder andere von außen kommende, nach menschlicher Einsicht und Erfahrung unvorhersehbare, unverschuldete und unabwendbare Ereignisse, die keinen betrieblichen Zusammenhang aufweisen und auch durch äußerste, vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt nicht vermieden werden können. Ereignisse höherer Gewalt und deren voraussichtliche Dauer sind dem Auftraggeber vom Lieferanten unverzüglich mitzuteilen, soweit diese die ordnungsgemäße Erfüllung der Leistungspflichten des Lieferanten betreffen. Der Auftraggeber kann dann bei dauerhaften Leistungshindernissen (wegen des noch nicht erfüllten Teils ganz oder teilweise/hinsichtlich der betroffenen Lieferungen und Leistungen) vom Vertrag zurücktreten. Bei Hindernissen von vorübergehender Art kann der Auftraggeber den Rücktritt nach Ablauf einer Frist von 30 (dreißig) Tagen erklären oder die Lieferung oder Leistung zu einem späteren Zeitpunkt verlangen. Andere Rücktrittsrechte bleiben unberührt. Falls Ereignisse höherer Gewalt bei dem Auftraggeber vorliegen, ist diese für den Zeitraum der Fortdauer der höheren Gewalt insoweit von den Pflichten des Vertrages entbunden, insbesondere gerät der Auftraggeber nicht in Annahmeverzug.
- 33.2 Der Auftragnehmer hat bei der Warenlieferung zu berücksichtigen, dass insbesondere auch bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite (z.B. Covid), dem Ukraine-Krieg oder Ereignissen mit vergleichbaren Auswirkungen der Bedarf an den Lieferwaren weiter fortbesteht. Epidemische Lagen von nationaler Tragweite (z.B. Covid), der Ukraine-Krieg oder Ereignisse mit vergleichbaren Auswirkungen stellen somit nur aufgrund besonderer Umstände einen Fall höherer Gewalt im Sinne dieses Vertrages dar.

### **§ 34 Schlussbestimmungen**

- 34.1 Die Benennung der Bundesdruckerei als Referenzauftraggeber ist nur mit vorheriger Zustimmung in Textform zulässig. Die Entscheidung über die Erteilung einer Zustimmung ist von den Umständen des Einzelfalls abhängig und der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf die Erteilung einer Zustimmung.
- 34.2 Dieser Vertrag enthält alle zwischen den Parteien zum Vertragsgegenstand getroffenen Vereinbarungen. Nebenabreden bestehen zum Zeitpunkt der Unterzeichnung nicht.
- 34.3 Ohne Zustimmung der Bundesdruckerei dürfen Ansprüche aus diesem Vertrag weder ganz noch teilweise an Dritte abgetreten werden. § 354 a Abs. 1 S. 3 HGB bleibt hiervon unberührt.
- 34.4 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Textformklausel.
- 34.5 Dieser Vertrag unterliegt deutschem Recht unter Ausschluss des UN-Übereinkommens über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).



- 34.6 Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Berlin.
- 34.7 Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden oder sollte sich eine Lücke in diesem Vertrag ergeben, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke gilt mit Rückwirkung diejenige wirksame und durchführbare Regelung als vereinbart, die rechtlich und wirtschaftlich dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt hätten, wenn sie diesen Punkt beim Abschluss dieses Vertrages bedacht hätten.

**Anlagenverzeichnis**

<b>Anlage 1</b>	Lastenheft inkl. Pflichtenheft
<b>Anlage 2</b>	Verhaltenskodex für Geschäftspartner
<b>Anlage 3</b>	Exportkontrolle und Zoll
<b>Anlage 4</b>	Vertraulichkeitsvereinbarung
<b>Anlage 5</b>	Sicherheitsbestimmungen der Bundesdruckerei
<b>Anlage 6</b>	Fragebogen für Zulieferer
<b>Anlage 7</b>	Angebotsschreiben
<b>Anlage 8</b>	Preisblatt
<b>Anlage 9</b>	Terminplan pro Fertigungssystem
<b>Anlage 10</b>	Bieterinformation

**[Der Vertrag kommt mit Zuschlagserteilung zustande und wird durch die Parteien nicht deklaratorisch gegengezeichnet.]**